Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 3.75.
Annahme von Ankündigungen: Montag bis Freitag 8–6 Uhr Nachm. Sonntags v. 8 Uhr Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 8 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten pc. pc. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nebenan, sämmtliche namhafte Annoncenexpedition. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Ball-schuhe
in **grösster** Auswahl und neuesten Formen empfehlen
F. & A. Hammer,
Schlossstr. 21.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grossohandlung **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate und Rollen in allen Grössen. Schreib-, Post-, Druck- und Umschlag-Papiere. Imitirt. – fettdicht – echt – und Butter-Pergament. Weisse und farbige Seidenpapiere.
Gelegenheitsposten. – Billigste Preise. – Prompteste Bedienung.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Nieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant
Wallstr. 25.

Tuchwaaren. ff. Paletot-, Rock- und Hosenstoffe in deutschen und englischen soliden Fabrikaten. Billard-, Pelz- u. Turntuche. Reinwoll. Tyrolerloden empfehlen
Pörschel & Schneider,
Scheffelstrasse 19.

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Das ganze deutsche Volk begeht heute mit aufrichtiger patriotischer Freude die Feier des 38. Geburtstags Kaiser Wilhelm II. Es ist nicht bloß ein von oben herab befohlenes, ein erzwungenes Fest, das durch äußeren Prunk und Pomp eine innere Unzufriedenheit zu betäuben sucht. Nein, die Nation ist mit ihrem Herzen bei allen den Veranstaltungen, die zu Ehren des Trägers der Kaiserkrone im Reiche getroffen werden, und die Liebe freier Männer ist es, deren sich Wilhelm II. als der zuverlässigsten Stütze seines Thrones versichert halten darf. Das ist eine Thatsache, an der das heiße Bemühen der Reichsfeinde, Mißtrauen zu säen zwischen Kaiser und Volk, kläglichen Schiffbruch leidet. Freilich ist nicht zu jedem Zeitpunkte der Regierung Kaiser Wilhelms II. jede seiner Handlungen und Entschlüsse in allen nationalgesinnten Kreisen gleichmäßig beurtheilt und unbedingt gebilligt worden. Wie hätte das aber auch ausbleiben können bei einem Herrschercharakter von so markanten Zügen, wie er sich in der Gestalt Wilhelms II. verkörpert? Der Feuergeist, der in der Seele des Enkels Wilhelm des Großen lebt, rang nach Bethätigung, als ihn das Schicksal in jungen Jahren zur Herrschaft über das neue Deutsche Reich berief, und glühenden Thatendrang athmete jede Kundgebung, die in der ersten Regierungszeit Wilhelms II. erging. Da begann die Sorge einzuziehen in die Herzen zahlreicher Patrioten, deren durch Alter und Erfahrung gefestete Weisheit in der allzu großen Impulsfähigkeit der kaiserlichen Politik eine Gefahr für die sterige Entwickelung in der Zukunft zu erblicken glaubte. Zumal als auch der Altreichskanzler den Platz räumen mußte, den er seit der Gründung des Reichs mit unvergleichlichem Ruhme und beispiellosem Erfolge zum Heile Deutschlands behauptet hatte, da regten sich bange Zweifel in der Brust vieler erprobter Kämpen für die nationale Wohlfahrt, ob der junge Kaiser im Stande sein werde, allein auf die eigene Kraft gestützt den schwierigen Pfad durch die Irrsale der an Lockungen und Trugbildern überreichen Zeit zu finden. Kaiser Wilhelm II. verstand es indeß sehr bald, derartige Befürchtungen zu zerstreuen, indem er dem Rathe erfahrener Männer sein Ohr lieh und dadurch zeigte, daß in seinen Adern das echte, unverfälschte Hohenzollernblut fließt, das selbst im gährenden Sturm und Drange nicht der obersten Herrscherpflicht, der Selbstbeherrschung enträth. Die höchste That aber, die ihm mit einem Schlage alle patriotischen Herzen zurückgewann, war die Aussöhnung mit dem Baumeister des Reichs. Sie reitete über alle ferneren Regierungsakte des Kaisers erst recht eigentlich den verklärenden Schimmer der echten Herrschergröße aus, die selbst das kraftvollste Souveränetätsgefühl zu zügeln weiß, wenn es die Wohlfahrt des großen Ganzen gilt. Gerade in diesem Punkte war der hochselige Kaiser Wilhelm I. ein unerreichtes Vorbild dessen Nacheiferung durch den regierenden Enkel allezeit die beste Gewähr sein wird für die strenge Beobachtung der traditionellen Gesichtspunkte, die von Wilhelm dem Großen für die innere und äußere Politik des Deutschen Reichs festgelegt worden sind.

Wenn es auf dem heute so besonders schwierig und verwickelten Gebiete der auswärtigen Politik eine Zeit lang scheinen konnte, als sollten die von autoritativer Meisterschaft vorgezeichneten Bahnen endgiltig verlassen werden, um das Reich den unberechenbaren Wechselfällen eines kompaßlosen Umhertreibens auf offener See auszusetzen, so bewies die im entscheidenden Augenblicke erfolgte Berufung des Fürsten v. Hohenlohe auf den Reichskanzlerposten, daß der kaiserliche Scharfblick die Lage richtig erkannt hatte und ferner nicht gewillt war, sich über die Nothwendigkeit einer Führung der auswärtigen Geschäfte im altbismarck'schen Sinne täuschen zu lassen. Das sich stets gleich bleibende herzliche Verhältniß des Kaisers zu dem Fürsten Hohenlohe berührte die nationalen Kreise auf das Angenehmste und verlieh den auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reichs wieder jene zielbewußte Folgerichtigkeit, die ihnen der Altmeister der deutschen Staatskunst zu geben gewußt hatte. Es ist eine klare, unzweideutige, ehrliche Friedenspolitik, die seither unter der kaiserlichen Führung vom Deutschen Reiche betrieben worden ist und die weit erhaben über jedes Atom von Schwäche, gerade dazu geführt hat, Deutschland in den schwebenden internationalen Fragen zu der ausschlaggebenden Macht zu machen, auf die aller Augen gerichtet sind und ohne deren Zustimmung keine entscheidende Aktion zu Stande kommen kann.

Es ist keine Selbsttäuschung von unserer Seite, wenn wir das Deutsche Reich zur Zeit in den Mittelpunkt der auswärtigen Politik gestellt sehen. Wie lärmend sich auch die Kundgebungen der russisch-französischen Freundschaft vollziehen, wie geflissentlich sich unsere westlichen Nachbarn bemühen mögen, der Welt zu zeigen, daß sich der ganze Erdball eigentlich nur in russisch-französischen Angeln drehe, so vermag doch der ganze Aufwand an politischen Effekten nicht die Thatsache zu verschleiern, daß Deutschland in seinem stillen, aber mächtigen Wirken von dem russischen Nachbarreich wohl erkannt und gewürdigt wird. Bisher ist den Franzosen die Freude noch nicht zu Theil geworden, daß der Minister des Auswärtigen in Petersburg Berlin mit einer stolzen Pose den Rücken gekehrt hat, ohne mit den leitenden deutschen Kreisen Fühlung zu nehmen. Unmittelbar nach den gerüuschvollen Pariser Kaisertagen begab sich Herr Schischkin nach Berlin und pflog dort eine eingehende Unterredung mit dem Fürsten Hohenlohe, und jetzt ist die authentische Nachricht eingetroffen, daß auch sein Nachfolger Graf Murawiew den Fuß von der französischen Erde auf den Berliner Boden setzen werde, um dem Kaiser seine Aufwartung zu machen. Das ist allerdings bei den bestehenden Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und bei dem Gewicht, das die gewaltige Macht des Deutschen Reiches in die internationale Wagschaale wirft, nicht mehr als korrekt und realpolitisch vernünftig. Trotzdem wird es die Franzosen wurmen, weil sie gar zu gern sähen, daß das offizielle Rußland Deutschland gegenüber die Formen außer Acht setzte, die im diplomatischen Verkehr einem freundnachbarlichen Staate gegenüber üblich sind. Die Franzosen schließen dabei von sich auf andere. Sie haben es nämlich fertig gebracht, manche feststehende Regel der internationalen Höflichkeit seit 1870 Deutschland gegenüber einfach außer Acht zu lassen. Derartige Abweichungen vom Hergebrachten mögen in einer so sonderbaren Republik, wie es Frankreich ist, geübt werden können, in einer mächtigen legitimen Monarchie aber sind sie unmöglich. Die Franzosen werden sich deshalb wohl oder übel daran gewöhnen müssen, Deutschland von Rußland auch ferner auf dem Fuße einer befreundeten Macht behandelt zu sehen. Graf Murawiew selbst hat sich bereits in diesem Sinne geäußert, und so dürfte im Laufe der Zeit noch mancher Tropfen Wasser in den Wein fallen, an dem sich die Franzosen gelegentlich der Ernennung des Grafen zum russischen Minister des Aeußeren berauschen. Die deutsche auswärtige Politik aber geht unbeirrt den ruhigen Gang weiter, den ihr die klaren Interessen des Reichs vorzeichnen, und der Glanz, der von dieser friedensvollen und segensreichen Politik zurückstrahlt, webt leuchtend um die Kaiserkrone Wilhelm's II. als des Hüters der Ordnung in Europa.

Angesichts solcher Erfolge in der auswärtigen Politik bleibt dem deutschen Volke nur das Eine noch zu ersehnen, daß im Innern derselbe Geist regieren und dieselbe Frucht zeitigen möge, wie sie vor Jahren dem Altreichskanzler zu ernten beschieden war. Immer drohender erhebt die Hydra der sozialen Revolution ihr Haupt, immer lauter erschallt aus den Reihen der Kämpfer für die heilige Sache der Ordnung der Ruf, daß man ihnen scharfe Waffen zu Schutz und Trutz in die Hand geben möge. Der Kaiser darf sicher sein, daß alle Patrioten seines Rufes gewärtig sind und sich einmüthig um ihn schaaren werden, wenn er sie zum Kampfe führen will wider den inneren Feind. Aus dieser allgemeinen Bereitschaft erhellt am besten das vertrauensvolle Band, das Kaiser und Volk im Deutschen Reiche umschlingt und das heute neu zu kräftigen uns obliegt. Ist es doch ein Erforderniß, von dem ein wesentlicher Theil unserer nationalen Größe abhängt, daß wir an Kaisers Geburtstag nicht blos das Kaiserthum als solches, die Thatsache der Existenz des Reichs feiern, sondern daß wir uns bei dieser Gelegenheit des innigen Zusammenhangs bewußt werden, der zwischen der monarchischen Staatsauffassung und der Anhänglichkeit an die Person des jeweiligen Herrschers besteht. Im nationalen Interesse können wir daher nichts Besseres wünschen, als daß bei der Feier des kaiserlichen Geburtstags von Jahr zu Jahr das Moment der persönlichen Hingebung mehr und mehr in den Vordergrund treten möge. In dieser Gesinnung heben wir in nationalem Frohgefühl die Hände auf und rufen aus bewegtem Herzen: „Gesegnet sei der Kaiser! Möge er zum Heile des Reichs stets bleiben, was er bisher gewesen ist: ein Hort des Friedens und des historischen Rechts!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Januar.

* **Paris.** Die Kammer lehnte mit 305 gegen 217 Stimmen den Gegenentwurf Siegfried's zu der Zuckersteuerreform ab.

Berlin. Reichstag. Die Berathung der Unfallversicherungsnovelle wird fortgesetzt. — Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.): Die gesammte soziale Versicherungs-Gesetzgebung stellt einen großen Fortschritt dar. An der Vorlage sei mit besonderer Genugthuung zu begrüßen, daß bei der Seeunfallversicherung ein erster Versuch gemacht worden sei, die verschiedentlichen Versicherungsarten einheitlich zusammenzufassen und auch gleich der Seeberufsgenossenschaft die Fürsorge für die Wittwen und Waisen mit zu übertragen. Mit der Erweiterung des Rahmens der Unfallversicherung ist Redner einverstanden, aber er kann nicht einsehen, weshalb nicht auch das gesammte Handwerk einbezogen werden solle; die Unfallgefahren seien auch da sehr groß und da sollten doch die von anderer Seite eingewendeten Schwierigkeiten der Organisation kein Hinderniß bieten. Man könne ja da vielleicht die territoriale Organisation wählen, wie sie für die landwirthschaftliche Unfallversicherung bestehe. Auch die kleinen Handwerksmeister sollte man mit versichern. Redner billigt die Anrechnung einer Unfallrente auf den Jahresarbeitsverdienst, bei einem späteren Unfall die Zahlung einer Kapitalentschädigung anstatt kleiner Renten, erklärt sich aber mit seinen Freunden bestimmt gegen eine Einschränkung der rekursinstanzlichen Rechte des Reichsversicherungsamts und gegen Herabsetzung der Mitgliederzahl der Spruchkollegien von 7 auf 5. Die Gerüchte über Differenzen zwischen Reichsamt des Innern und Reichsversicherungsamt würden durch die jetzige Abwesenheit des Vertreters des Reichsversicherungsamts genährt. Daß die Arbeiter einen größeren Antheil an der Verwaltung erhielten, sei auch seinen Freunden recht, aber daß man, wie Hitze anrege, die Antheilnahme der Arbeiter auch auf die ärztliche Behandlung ausdehne und dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaften einen Vertrauensarzt auch der Arbeiter entgegenstellen wolle, erscheine ihm doch bedenklich. Wenn Grillenberger gemeint habe, die Berufsgenossenschaften nähmen nur ihre eigenen Interessen wahr, so verweise er dieselben auf die Krankenkassen, wo die Arbeiter ihren eigenen Genossen gegenüber in der Regel eine sehr strenge Kontrole übten. — Abg. Fischbeck (freis. Vp.) ist mit seinen Freunden mit den Erweiterungen, welche die Vorlage vorschlägt, vor Allem mit der Einbeziehung des Bauhandwerks, einverstanden, ebenso damit, daß nicht nur die Unfälle versichert sind, die im eigentlichen Fabrikbetriebe erfolgen, sowie daß die Befugniß der Berufsgenossenschaften, schon vor Ablauf der Karenzzeit einzugreifen, erweitert werde, desgleichen mit den Bestimmungen über die Schiedsgerichte; nur betreffs der Vorschriften über die Kosten bei erfolgloser Einlegung der Berufung hätten sie Bedenken. Sie billigten im Prinzip das Verlangen, daß die Arbeiter an der Feststellung der Renten und besonders bei Reduktion derselben theilzunehmen berechtigt sein sollen, wenn sie sich auch nicht verhehlten, daß dadurch vielleicht die Rentenfeststellung verlangsamt werde, wenn auch die Arbeitervertreter aus der Provinz mit hinzugezogen werden müßten. Nicht billigen könnten sie, daß das Recht auf die Rente ruhen solle, wenn der betreffende Arbeiter im Auslande sei; das sehe fast so aus wie ein Angriff auf die Freizügigkeit. Von einer besonderen Beschränkung der Rekursbefugniß des Reichsversicherungsamts würden seine Freunde eine Beeinträchtigung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung befürchten. Die allgemeinen Anklagen des Abg. Grillenberger gingen entschieden zu weit. Er könne demselben eine ganze Anzahl von Akten sofort zur Verfügung stellen über Fälle, in denen die Berufsgenossenschaft die Rente erhöht habe, noch dazu ohne vorhergehenden Antrag des Arbeitnehmers. — Ministerialdirektor v. Wödtke konstatirt die Anwesenheit mehrerer Kommissare des Reichsversicherungsamts am Bundesrathstische. Dieselben hätten auch an der Ausarbeitung der Vorlage theilgenommen. Eine stärkere Betheiligung des Reichsversicherungsamts sei wohl schwerlich nothwendig und auch nicht möglich angesichts der starken Belastung des Amts mit laufenden Arbeiten. — Abg. v. Stumm (Rp.) glaubt, die Thatsache müsse genügen, daß das Reichsversicherungsamt an den Konferenzen über die Vorlage betheiligt gewesen sei. Er selbst müsse an die Spitze seiner Betrachtungen den Gesichtspunkt stellen, daß zwar die Wittwen und Waisen eines verunglückten Arbeiters 60 Prozent des Lohnes des Verunglückten erhielten, daß dagegen den Wittwen und Waisen anderer Arbeiter nichts gewährt werde. Das sei eine Anomalie und Herrn Hitze, der das Maximum einer Unfallrente über 66⅔ Prozent zu erhöhen bereit sei, gebe er zu erwägen, ob es nicht viel richtiger sei, erst einmal jene Anomalie zu beseitigen und für die Wittwen und Waisen aller Industriearbeiter zu sorgen. Ein zweiter Hauptgesichtspunkt für ihn sei die Frage der Heilung. Ein Arbeiter müsse nöthigenfalls in eine Heilanstalt gezwungen werden. Wenn man da links von Rentenquetschen spreche, so könne er mit demselben Recht von den Arbeitern, die zwar eine Rente haben, aber sich nicht heilen lassen wollten, als von den Renten-Herausquetschern reden. Die Berufsgenossenschaften thäten in Wirklichkeit voll ihre Schuldigkeit. Ganz unberechtigt sei das Verlangen, die Herabsetzung der Renten mit Schwierigkeiten zu umgeben, denn es sei doch ganz selbstverständlich, daß nach erfolgter Heilung der Grad der Erwerbsunfähigkeit ein geringerer sei als während des Heilungsprozesses; während des letzteren würde er selbst sogar die volle Zahlung der Rente für richtig halten. Ein Hineinziehen der Arbeiter, also gerade solcher Personen, die ein Interesse an der Entscheidung hätten, in die Verwaltung, halte er für ganz unrichtig, andererseits aber könne er auch einer Verminderung der Rekursinstanz trotz Allem, was äußerlich dafür spreche, nicht das Wort reden, weil dadurch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefährdet werden würde. Was die Vorlage an Erweiterung der Unfallversicherung bringe, erkenne er an, aber einer obligatorischen Versicherung des gesammten Handwerks müsse er widersprechen, schon wegen der dadurch dem Handwerk erwachsenden Lasten. Jedenfalls warne er davor, den Bogen hier zu überspannen, vielmehr solle man für die Wittwen und Waisen sorgen. — Württembergischer Bevollmächtigter v. Schicker stellt abermals fest, wie sehr das Reichsversicherungsamt an der Ausarbeitung der Vorlage betheiligt sei und weist dann zur Rechtfertigung der Beschränkung der Rekursfälle nochmals auf die Ueberlastung des Reichsversicherungsamts hin. — Abg. Förster (Rei.) ist im Wesentlichen für die Vorlage. Er meint, auch die Sozialdemokraten würden, wenn sie die ausschlaggebende Partei wären, die Verantwortung für das Scheitern dieser und ähnlicher, zweifellos einen Fortschritt in sich schließender Vorlagen nicht übernehmen wollen. In der Rekursfrage steht Redner auf dem Standpunkt der Regierung. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Wer überhaupt die Verschmelzung von Unfall- und Invaliditäts-Versicherung für erwünscht und durchführbar halte, für den sei gerade die jetzige Vorlage der richtige Zeitpunkt, dieser Frage näher zu treten. Haupterforderniß sei die Vereinfachung unserer ganzen Versicherungsgesetzgebung und gleichmäßige Vertheilung der Lasten, welch' letztere für die Landwirthschaft im Osten unverhältnißmäßig groß seien, so namentlich die Altersversicherungslasten in Ostpreußen. Der Osten sei jetzt soweit, daß er nichts sehnlicher wünsche als die Wiederaufhebung der ganzen sozialen Versicherungsgesetzgebung, aber zum Mindesten eine Reichsversicherungsanstalt mit völlig gleichmäßiger Vertheilung der Lasten auf alle Landestheile nach Maßgabe der Einkommen der Steuerzahler. Nur wegen dieser großen Lasten hätten viele Besitzer im Osten ihre Güter verkauft, da helfe keine partielle, keine theilweise Reform. — Ministerialdirektor v. Wödtke: Die Frage einer Vereinheitlichung der ganzen Versicherungsgesetzgebung sei von dem Bundesrathe erwogen worden. Im „Reichsanzeiger" sei ja auch eine Darlegung erschienen, welche klarstelle, weshalb dieser Weg noch nicht — er wiederhole — noch nicht betreten werden könne. Wenn erst einmal der bezügliche Entwurf den Reichstag beschäftigen werde, werde derselbe auch zu erwägen haben, inwieweit etwa die Einkommen als Maßgabe für die Lastenvertheilung zu dienen haben würden. An sich hänge das aber jedenfalls mit der Frage der Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung nicht zusammen. Ob diese Vereinheitlichung eine Entlastung der östlichen Landwirthschaft zur Folge haben werde, sei zweifelhaft. Jedenfalls könne man, auch wenn die östliche Landwirthschaft wirklich nothleidend sei, die soziale Versicherungsgesetzgebung als einen dabei maßgebenden Faktor nicht ansehen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) sucht nochmals darzulegen, daß die ganze Versicherungs-

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt